

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.
Bemerkung Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassent: Dresden 1539
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 289.

Donnerstag, 11. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Anzeigebandes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 500 Zeilen 1 Mark 25 Pfennig, für 1000 Zeilen 2 Mark 25 Pfennig, für 1500 Zeilen 3 Mark 25 Pfennig, für 2000 Zeilen 4 Mark 25 Pfennig, für 2500 Zeilen 5 Mark 25 Pfennig, für 3000 Zeilen 6 Mark 25 Pfennig, für 3500 Zeilen 7 Mark 25 Pfennig, für 4000 Zeilen 8 Mark 25 Pfennig, für 4500 Zeilen 9 Mark 25 Pfennig, für 5000 Zeilen 10 Mark 25 Pfennig. Die 80 am breiten Restformate 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife, für die 1. Klasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Drucker, der Lieferanten oder der Besondereinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wachsende Gegensätze im Regierungslager.

Als baldiger Rücktritt der Reichsregierung.

II Berlin. Das Reichskabinett hat gestern nachmittag die durch die Wahlen zum Reichstag geschaffene politische Lage beraten. Nach eingehender Aussprache hat sich das Kabinett dahin entschieden, daß es alsbald zurückzutreten werde. Der Reichskanzler wird sich mit dem Reichspräsidenten wegen des Zeitpunktes des Rücktritts ins Benehmen setzen.

II Berlin. Zu dem gestrigen Beschluß des Reichskabinetts, alsbald zurückzutreten, verlautet, daß der Reichskanzler voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages Bescheid nehmen werde, mit dem Reichspräsidenten über den Zeitpunkt des Rücktritts zu sprechen.

Die Neuerungen der Berliner Blätter zur Lage lassen den Schluss zu, daß gegenwärtig die Bürgerblockregierung mit Einverständnis der Deutschnationalen größere Aussicht auf Verwirklichung hat, als die Große Koalition. Als Kanzler der Bürgerblockregierung wird von mehreren Blättern Dr. Stresemann genannt.

Die „Germania“ schreibt zu der Kanzlerfrage, es ist nicht gut möglich, daß ein Kabinett mit deutschnationaler und volksparteilicher Mehrheit unter Zentrumsführung stehen kann. Blaudt Herr Stresemann, mit dem Reichsblod die von ihm bisher betriebene Politik weiter verfolgen zu können, so wäre es besser, er übernehme selbst die Führung dieser Regierung. Ueber die Haltung des Zentrums zur Regierung überhaupt sagt das Blatt, das Verhalten des Zentrums zu dieser Regierung sei und bleibe dadurch bestimmt, ob sich die zukünftige Politik auf der alten Linie bewegen wird.

Im Vorstand der Deutschen Volkspartei, der sich gestern mit der politischen Lage beschäftigte, ging den Blättern zufolge die übereinstimmende Meinung dahin, daß die Deutsche Volkspartei sowohl im Reich wie in Preußen die Bestrebungen wieder aufnehmen wolle, die auf eine Erweiterung der Reichsregierung durch Heranziehung der Deutschnationalen abzielen.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichskanzler hat heute am 10 Uhr den Reichspräsidenten aufgesucht, um ihm über den Verlauf der gestrigen Kabinettsitzung Bericht zu erstatten. Das Kabinett wird heute nachmittag um 6 Uhr in einer weiteren Sitzung sich über den Zeitpunkt des Rücktritts schlüssig werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion

ist zu einer konstituierenden Sitzung auf Dienstag, den 16. Dezember, vormittags 11 Uhr einberufen worden. An demselben Tage tritt bekanntlich auch die demokratische Reichstagsfraktion zusammen. Bezüglich der Einberufung des Reichstags ist noch keine Entscheidung getroffen. Sie hängt von der Regierungsneubildung ab.

DD. Berlin, 11. Dezember. In der Frage der Neubildung der Reichsregierung stehen gewisse Überlegungen bevor. Neuerdings verlautet, daß Reichskanzler Dr. Marx nicht in der Lage sein würde, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden, da die Deutschnationalen entschlossen seien, seine Kanzlerschaft abzu-

lehnen. Tatsächlich wird auch von deutschnationaler Seite darauf hingewiesen, daß Dr. Marx den Wahlkampf gegen rechts mit einer solchen Schärfe geführt hat, daß niemand es der deutschnationalen Partei zumuten könne, mit ihm in der Regierung zusammen zu arbeiten. Das Zentrum sieht sich also vor ganz neue Tatsachen gestellt und will deshalb der Bildung einer Regierung des Bürgerblocks ernste Schwierigkeiten bereiten.

Die Bestrebungen innerhalb der Reichsregierung haben, wie in den eingeweihten politischen Kreisen verlautet, nicht die Ergebnisse gezeitigt, die man in den Regierungskreisen zu erzielen gehofft hatte. Außenminister Dr. Stresemann sieht sich zwar in der lokalen Weise für die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Dr. Marx ein, aber es erscheint fraglich, ob seine Bemühungen zu einem vollen Erfolg führen werden. Das volksparteiliche Blatt, die „Zeit“, stellt übrigens in einem Artikel fest, daß man sich in den Regierungskreisen die Lösung der Regierungssfrage viel zu leicht vorgestellt habe. Es könne jedenfalls keine Rede davon sein, daß man der Regierung Marx treue Hand geben könne, damit sie sich ihre Mehrheit nach Bedarf sichere. Mit dem System der wechselnden Mehrheiten dürfe man nach volksparteilicher Auffassung nicht die Lage zu lösen versuchen, denn dadurch werde der eigentliche Sinn der Reichstagswahlen verfehlt.

In den demokratischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Versuche zur Bildung einer Rechtskoalition zu sehr schweren Gefahren für die Fortführung der Politik der Mitte führen werden. Unter solchen Umständen könnte das Reichskabinett sogar gezwungen werden, schon jetzt seine Demission zu geben, weil es nicht in der Lage sein würde, die Politik für eine Regierung vorzubereiten, die nicht unbedingt entschlossen ist, den bisherigen Kurs fortzusetzen. Da die volksparteilichen Mitglieder der Reichsregierung die Hinzuziehung der Deutschnationalen auch jetzt wieder in ultimativer Form aufgestellt hätten, so werde das Problem der Bürgerblockregierung schon in den nächsten Tagen die schwersten innenpolitischen Konflikte hervorrufen.

In den rechtsgerichteten Kreisen hat man den Eindruck, daß die Anteile der bestehenden Schwierigkeiten dazu beitragen will, um schon jetzt die Bildung einer Rechtskoalition entscheidend zu fördern. Man macht sich daher auf ernste Auseinandersetzungen gefaßt, zumal die demokratische Presse schon jetzt erklärt, daß der Bürgerblock als eine Kampfgovernment gegen links zu betrachten sei. Trotzdem ist die Stimmung in den deutschnationalen Kreisen außerordentlich zögerlich. Man erklärt, daß das Argument der Außenpolitik jetzt nicht mehr gegen die deutschnationale Partei ausgespielt werden könne, und daß man in der inneren Politik die Auseinandersetzungen mit der Linken nicht zu scheuen haben werde.

In den Kreisen, die dem Reichskanzler Dr. Marx nahestehen, hält man es für ganz unangenehm, auf der gegenwärtigen Grundlage zu einer Bildung des Bürgerblocks zu gelangen. Solange die deutschnationale Partei das Bestreben verfolgt, den Kampf gegen links zu führen, werde ihre Beteiligung an der Regierung eine Gefahr für den inneren Frieden bedeuten. Die Politik der Mitte könne weder einen Kampf nach rechts, noch einen solchen gegen links, sondern habe die Aufgabe, Gegensätze zu überbrücken. Der ganze Sinn der bisherigen Regierungspolitik werde vollkommen verloren gehen, wenn man jetzt dazu übergehen wolle, die alten Konflikte wieder in den Vordergrund zu drängen.

Notverordnung zur Aufwertungsfrage.

Um Zweifel an der Rechtsgültigkeit der dritten Steuer- notverordnung, besonders hinsichtlich der Aufwertungs- vorschriften nicht weiter aufkommen zu lassen, hat sich der Reichspräsident auf Vorschlag der Regierung entschlossen, die Vorschriften der dritten Steuer- notverordnung in eine gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Rechts- notverordnung zu übernehmen. Man kann keineswegs behaupten, daß damit alle Zweifel entkräftet wären; im Gegenteil wird man nun, da die Rechtsgültigkeit der Auf- wertungsformeln der dritten Steuer- notverordnung so demon- strativ mit dem Diktaturartikel der Verfassung festgelegt wird, Bedenken im verstärkten Maße gegen müssen. Daß die bisher beschrittenen Wege in der Aufwertungsfrage als ungenügend anzusehen sind, wird kaum von irgend einer Seite mehr bestritten. Woher da mit einem Male die pro- nounced Rechtsgültigkeit? Haben die Lei- dtragenden der Inflation bis jetzt gewartet, so machen vier Wochen auch nichts aus. Dann muß und wird sich der Reichstag doch nur bereuen, diese Notverordnung aufzu- heben, um so bald als möglich ein Gesetz an ihre Stelle zu setzen. Praktisch kommt bei der jetzigen Sanktionierung nur heraus, daß die Leidtragenden nach wie vor die Dummen sind, denn gegen Aufwertungen, die jetzt auf Grund der dritten Steuer- notverordnung so bescheiden geregelt werden, ist dann wahrscheinlich nichts mehr zu machen. Einen Dienst hat man mit dieser neuerlichen Maßnahme nie- mandem erwiesen, außer vielleicht den Juristen, die nun ein bequemes Arbeiten haben.

Gegen das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Berlin. Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz von Mendelssohn verammelte sich der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages am Mittwoch, den 10. Dezember, zur Beratung der schwebenden Wirtschaftsfragen. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit. Geheimer Kommerzrat Dr. Konrad von Vorkel, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, erläuterte ein Referat, in dem er feststellte, daß die Vereinigten Staaten die Ratifizierung endgültig abgelehnt haben und daß England die Bestimmungen des Abkommens nur in be- schränktem Umfang bei sich durchzuführen will.

Auf Grund seiner sehr eingehenden Ausführungen nahm der Hauptausschuß nachstehende Erklärung einstimmig an: „Der deutsche Industrie- und Handelsstag lehnt eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ab, weil sie dem deutschen Wirtschaftsleben keine Vorteile, sondern nur schwere Schädigungen und Gefahren bringen kann. Das deutsche Volk muß sich die freie Verfügung über die Gestaltung der Arbeitszeit erhalten, damit es jede Zeit seine Existenz sicherstellen und den eingegangenen Ver- pflichtungen gerecht werden kann. Solange dem deutschen Volke die Lasten des Krieges fast allein aufgebürdet sind, muß es sich hinsichtlich der Arbeitszeitdauer nicht der Kon- trolle seiner Konkurrenzstaaten ausliefern, sondern muß mit allen Mitteln auf die Steigerung seiner Gütererzeugung bedacht sein.“

Nach einem weiteren Referat des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes Herrn Geheimen Oberregierungsrat

Dr. Oubier über die schwebenden Handelsvertragsverhand- lungen sprach der Präsident des Statistischen Reichsamtes Professor Dr. Wagemann über Konjunkturforschung und ihre Ausbarmachung für die Wirtschaft. Die vom Prä- sidenten des Statistischen Reichsamtes geplante Errichtung eines Instituts für Konjunkturforschung wurde aufs wärmste begrüßt. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Institut eine, über den behördlichen Rahmen hinausgehende Forschungs- arbeit zu leisten haben wird und daß es sich die Aufgabe setzen soll, die Wirtschaft fortlaufend mit Konjunkturberichten zu versorgen, empfiehlt der Deutsche Industrie- und Han- delstag den Handelskammern, das Institut durch Material, Beratung und Geldmittel zu unterstützen.

Nach einem weiteren Bericht des Herrn Dr. Grund, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Westau, über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Kör- perlichkeitssteuer hat die Versammlung geschlossen einer Erklärung zugestimmt, in der es unter anderem heißt:

„Dasjenige nur als Notbehelf einzuführende Voraus- zahlungssystem für die Einkommen- und Körperschafts- steuer ist keiner großen Mängel wegen abzulehnen auszu- heben. Seine entgegen der zweiten Steuerreformordnung erfolgte Ausdehnung über das Kalenderjahr 24 hinaus erweckt in den Kreisen der Wirtschaft schwere Bedenken. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag fordert deshalb unersöhnliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Ab- milderung des Einkommen- und Körperschaftssteuergesetzes, schleunigste Vorahme der endgültigen Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer 24 sowie Wiederein- setzung bzw. Rückabnahme etwa übersehener Vorauszahlungen. Er fordert weiterhin: Abbau aller nicht unbedingt notwendigen Verwaltungsausgaben von Reich, Länder und Gemeinden, überhaupt größte Einschränkung und Sparsamkeit in der Haushaltsführung der öffentlichen Körperschaften und ein einfaches und klares Steuerwesen, das unter Abkehr von allen wirtschaftsfernen steuerlichen Zusatzleistungen den bewährten Grundsatz wirtschaftlicher Bestand wieder Geltung verschafft, nach dem Steuern nur aus Verhältnissen der Volkswirtschaft ohne Schaden für das Gemeinwohl er- hoben werden können.“

Die endgültig gewählten sächsischen Reichstagsabgeordneten.

1 (2) National-Sozialist.

1. Dipl.-Ingenieur Feder-Walden.
- 9 (8) Deutschnational.

1. Dr. Philipp Born
2. Universitätsprofessor Dr. Koch-Berlin
3. Weh. Regierungsrat a. D. Dr. Luag-Berlin
4. Dozent Dr. Wiener-Chebnitz
5. Gutsherrlicher Domänenbesitzer Herrschdorf
6. Gewerkschaftssekretär Hartmann-Dresden
7. Verlagsdirektor Dr. Rademacher-Borna
8. Rittergutsbesitzer Dietz-Rödersdorf
9. Amtsgerichtsrat Dr. Barth-Zwickau.

6 (5) Deutsche Volkspartei.

1. Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Leipzig
2. Gewerkschaftsleiter Dr. Hehl-Berlin
3. Reichsminister a. D. Dr. Henze-Dresden
4. Syndikus Dr. Schneider-Dresden
5. Konteradmiral a. D. Brünninghaus-Berlin
6. Kaufmann F. Andrich-Bautzen.

3 (3) Demokraten.

1. Universitätsprofessor Dr. Koch-Leipzig
2. Bürgermeister Dr. Rühl-Dresden
3. Landgerichtsdirektor Prodan-Chebnitz.

15 (13) Sozialdemokraten.

1. Redakteur Seger-Leipzig
2. Staatsminister a. D. Lipinski-Mark-Ottendorf
3. Redakteur Saupe-Leipzig
4. Tabakarbeiterin Schilling-Döbeln
5. Staatsminister a. D. Fleischer-Dresden
6. Schriftleiterin Toni Seuder-Dresden
7. Amtshauptmann Schmidt-Meißen
8. Textilverarbeiter Krähig-Berlin
9. Amtshauptmann Schürmer-Freiberg
10. Herzogin Dr. Wang, Siegmund-Dresden
11. Schriftsteller Strödel-Berlin
12. Redakteur Seydewitz-Zwickau
13. Amtshauptmann Ruhn-Chebnitz
14. Rechtsanwalt Dr. Levi-Berlin
15. Reichskommissar Studien-Berlin.

4 (6) Kommunisten.

1. Metallarbeiter Ströbel-Leipzig
2. Zimmermann Hubel-Borna
3. Werkzeugmacher Berg-Chebnitz
4. Lehrer Schneller-Schwarzenberg i. S.

Die Verwendung deutscher Luftschiffe.

London. (Zuspruch.) Daily Telegraph meldet aus New York, eine Gruppe von wohlhabenden amerikanischen Geschäftleuten habe beschlossen, in Verhandlungen einzu- treten mit dem Zweck, in Deutschland gebaute Luftschiffe zu erwerben, die für den transatlantischen Handelsver- kehr geeignet seien. Dem steht zwar die betreffende Be- stimmungen des Vertrages entgegen, aber man glaubt, daß die Zeit gekommen ist, sie abzuändern. Die an dem Plan interessierten Personen hätten Schritte unternommen, um die Unterstützung des Staatsdepartementes bei der Grö- ßung von Verhandlungen mit dem Volschaftsrat in Paris zu sichern, bei dem die Entscheidung über diese Frage liegt.